

Antragsbereich I / **Antrag I3**

**AntragstellerInnen:** Jusos Oberbayern

**I3: Resolution: Uneinig und trotzdem da! - Solidarität mit den Aktivist\*innen der "Letzten Generation"**

**Adressat\*innen:**

Landeskonferenz Jusos Bayern,, Bezirksparteitag SPD  
Oberbayern, Landesparteitag BayernSPD, Bundes-  
5 parteitag SPD

Die Klimabewegung erfuhr in den vergangenen  
10 Jahren einen großen Zuwachs an aktiven Mitglie-  
dern, die in unterschiedlichen Organisations- und  
Aktionsformen für schnelle und weitreichende Kli-  
maschutzmaßnahmen kämpfen. Deren Forderungen  
sind meist nicht radikal, sondern beziehen sich auf die  
15 Einhaltung bestehender Verträge und Rechtsnormen  
wie beispielsweise des Pariser Klimaschutzabkom-  
mens. Die Klimabewegung ist sehr stark von jungen  
Menschen geprägt, die um ihre Zukunft auf einem  
lebenswerten Planeten kämpfen Die Regierung und  
20 die Gesellschaft reagieren auf diesen Klimaaktivismus  
an vielen Stellen mit Repression und Verurteilung.  
Schlagzeilen machen statt den berechtigten Anliegen  
nur die Protestform. Wir verurteilen diese Strategie  
den Protest zu delegitimiert und damit die Forderun-  
25 gen gleich mit diskreditiert.

Dabei sind die Forderungen der letzten Generation,

mit der Einführung eines Tempolimits auf deutschen  
Autobahnen und eines günstigeren öffentlichen  
30 Personennahverkehrs sehr niedrig angesetzt. For-  
derungen also, denen wir uns guten Gewissens  
anschließen können. Eine breite Koalition, von Li-  
beralen über die Union bis zur AfD und leider auch  
Teile unserer Partei, überbietet sich alledings wei-  
35 terhin mit Forderungen nach einem harten und  
autoritären Vorgehen. Gleichzeitig ist es auch an  
Lächerlichkeit nicht zu überbieten, wenn friedliche  
Klimaaktivist\*innen, die sich ohne Widerstand von  
der Polizei wegtragen lassen, als "Klima-RAF" zur  
40 Bedrohung des Staates stilisiert werden.

Zuletzt fand eine vollkommen unverhältnismäßi-  
ge Razzia bei Mitgliedern der letzten Generation  
durch die bayerische Justiz statt und zahlreiche Akti-  
45 v\*innen wurden in ihrer privaten Kommunikation  
abgehört. Die Kontinuität wird deutlich: Statt auf  
Dialog und Diskurs setzt der Staat auf Repression,  
Einschüchterung und Delegitimierung der Proteste.  
Die als Radikalisierung beschriebene Entwicklung  
50 der Klimabewegung ist dabei nicht selbst gewählt,  
sondern ein Ergebnis dieses mangelnden Dialogs:  
Junge Menschen werden in ihrem Protest nicht ernst  
genommen und greifen deshalb zu weitreichenden  
Protestformen, weil sie sonst mit ihren Anliegen nicht  
55 gehört werden.

Dabei ist die Frage, wie die Aktionen der "Letzten  
60 Generation" juristisch bewertet

werden müssen, noch nicht einmal geklärt. Die baye-  
rische Staatsregierung steckte trotzdem mehrere  
Aktivist\*innen für Wochen in "Präventivgewahrsam".

65 Diese Maßnahme des PAG, ursprünglich mit dem  
Argument der Gefährder\*innen verteidigt, war und  
ist verfassungsfeindlich. Darüber hinaus macht sich  
die Staatsregierung lächerlich, wenn sie Maßnahmen,  
die sie selbst für potentielle Gewalttäter\*innen oder  
70 Terrorist\*innen vorgesehen hat, nun auf Klimaakti-  
vist\*innen anwendet. Dieses Vorgehen zeigt, dass  
die CSU mit dem PAG ein Instrument geschaffen hat,  
um die politische Opposition mundtot zu machen  
- ein Vorgehen, das eher an Autokratien erinnert.  
75 Der immer wieder hervorgehobene sogenannte  
"Richtervorbehalt" suggeriert, dass ein ordentliches  
Gerichtsverfahren stattgefunden hat. Stattdessen  
wird nur über Formales entschieden, eine juristisch-  
inhaltliche Prüfung gibt es nicht.

80

Für uns zeigt sich daraus, was uns aufgrund unserer  
systemischen Analyse bewusst ist: Wenn der Kapitalis-  
mus befürchten muss, dass ihn Teile der Gesellschaft  
anzweifeln, schlägt die Stimmung schnell um. Frei-  
85 heitsrechte werden eingeschränkt, Aktivist\*innen  
werden diffamiert, Gewalt wird gerechtfertigt.

Dabei sind früher oder später alle linken Kräfte be-  
droht. Wenn politische Rechte eingeschränkt werden,  
90 wenn ziviler Ungehorsam kriminalisiert wird, betrifft  
das früher oder später alle Teile der gesellschaftlichen  
Linken. Wenn sich der Kapitalismus bedroht fühlt,  
zerschlägt er ohne Weiteres die Demokratie - und  
Konservative und Rechtsliberale liefern sie gerne aus.

95 Es waren Sozialist\*innen, die Freiheitsrechte durch-

gesetzt, umgesetzt und verteidigt haben. Die Idee eines freiheitlichen Staates, der alle Menschen gleich und mit Würde behandelt, ist eine sozialistische. In ihrer Tradition stehen wir an der Seite der letzten  
100 Generation.

Für uns als Jusos steht allerdings fest, dass sich politischer Protest gegen Staat und Kapital richten muss und systemische Kritik nicht den Personen  
105 schaden soll, die in diesem System leben müssen und Zwängen ausgesetzt sind. Es ist nach unserer Auffassung die richtige Motivation der letzten Generation, Aufmerksamkeit auf die Klimakrise zu lenken und die politisch Handelnden unter Druck zu setzen, denn sie  
110 sind diejenigen, die seit Jahrzehnten die notwendigen Maßnahmen verweigern. Den Protest in Form von Straßenblockaden, der ausschließlich die Zivilbevölkerung trifft, lehnen wir hingegen ab. Statt zahlreiche Einzelpersonen sollten Wirtschaftskonzerne blockiert  
115 werden und nicht die Arbeiter\*innen, sondern das Kapital für die Missstände verantwortlich gemacht werden. Die sozialökologische Wende kann nur als fundamentale Kapitalismuskritik gelingen, dafür muss ein Schulterschluss zwischen Aktivist\*innen  
120 für Klimaschutz und den Arbeiter\*innen vollzogen werden.

Nicht die einzelne Person ist verantwortlich, sondern das Kapital, das dieses kapitalistische System bedingt!  
125

Auch die Forderungen nach einem Gesellschaftsrat, der per Zufallsauswahl aus der Bevölkerung gebildet

130 werden soll, lehnen wir aus demokratietheoretischen  
Gesichtspunkten ab und bekennen uns zur parla-  
mentarischen Demokratie, in der die Handlungen  
durch gewählte Volksvertreter\*innen bestimmt wer-  
den. Nichtsdestotrotz erkennen wir an, dass bei den  
135 aktuellen politischen Gegebenheiten Zweifel daran  
aufkommen, dass Klimapolitik in einem Land, in dem  
Parteien von Konzernen Spenden in Millionenhöhen  
bekommen, Lobbyismus allgegenwärtig ist und wis-  
senschaftliche Erkenntnisse oft hinter den lautesten  
140 Tönen von Rechts zurück bleiben, tatsächlich um-  
gesetzt werden kann. Wir stehen deshalb klar ein  
für sachorientierte Debatten über Klimaschutz, die  
nur darin enden können, dass Klimaschutz massiv  
priorisiert werden muss, radikale Maßnahmen einge-  
145 leitet werden müssen und Blockaden vielmehr in den  
Köpfen der Menschen als auf den Straßen.

Als Jungsozialist\*innen sind wir solidarisch mit den  
Aktivist\*innen der "Letzten Generation", die für ih-  
150 ren Protest Verleumdungen, Haft und Gewalt ausge-  
setzt sind. Wir betonen deshalb unsere tiefe Ableh-  
nung des Polizeiaufgabengesetzes und des Systems  
der Präventivhaft, in der unliebsame Protestierende,  
ohne in einer Straftat schuldig gesprochen zu sein,  
155 unrechtmäßig polizeilich festgehalten werden. Dieses  
Vorgehen ist in einem Rechtsstaat nicht hinnehmbar  
und wir fordern daher eine umfassende Reform des  
Polizeiaufgabengesetzes. Wir fordern außerdem die  
SPD auf, die mediale und politische Stimmungsmä-  
160 che gegen die Aktivist\*innen nicht zu unterstützen,  
sondern ihr klar und deutlich zu widersprechen. Auch  
muss sich die SPD dem aktuellen Polizeirecht und  
weiteren Verschärfungen entgegenstellen, damit de-

mokratischer Protest nicht bestraft wird. Protest ist  
165 Teil einer pluralen Demokratie und bildet die Basis  
unserer gesellschaftlichen Errungenschaften. Wir und  
auch die SPD stehen daher in Tradition von sozialis-  
tischen Bewegungen, die zuerst auf der Straße und  
erst später im Parlament stattfanden. Die Ausformu-  
170 lierung eines sozialdemokratischen Sicherheitsbegrif-  
fes für die SPD, geleitet von den Grundwerten der Frei-  
heit, Gleichheit und Solidarität, in dem zudem ein so-  
zialistisches, feministisches, antifaschistisches und in-  
ternationalistisches Verständnis von Staat und Gesell-  
175 schaft als Leitmotiv verwirklicht wird, ist eine der kom-  
menden Aufgaben für uns als Jusos. Unsere bisheri-  
gen Beschlüsse in diesen Fragen bekräftigen wir an  
dieser Stelle. Wir erwarten von der SPD eine Politik,  
die den Ansprüchen des Klimaschutzes gerecht wird,  
180 die Forderungen nach einem Tempolimit und der Ein-  
führung des kostenlosen und fahrscheinlosen ÖPNVs  
muss unterstützt werden. Die SPD muss liefern, "Kli-  
makanzler" wird Olaf Scholz nicht durch ausufernde  
Sprechakte oder ein Plakat, sondern durch eine Poli-  
185 tik, die Klimaschutzmaßnahmen umsetzt. Besonders  
von Jusos in Gremien und Parlamenten fordern wir  
dabei Unterstützung für diese Positionen.